

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 75 Mark für das erste Vierteljahr 1923 ohne Zustellungsgebühr. Es ist nur Postbezug zulässig.

Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Das einzelne Exemplar kostet 25 Mark.

61. Jahrgang

Leipzig, den 10. März 1923

Nummer 28

### Ein Kampf gegen Windmühlensflügel

„Es war ein Kampf gegen Windmühlensflügel, den die Vertreter des Deutschen Buchdrucker-Vereins in dreitägiger Dauer Sitzung zu führen hatten“, also charakterisiert das Prinzipalsorgan selbst in zweifellos ungewollter Satire die Bemühungen der Prinzipalsvertreter bei den letzten Lohnverhandlungen, auch fernerhin das Gewerbe nur auf Kosten der Gehilfenschaft „zu retten“. Wenn wir boshaft sein wollten, könnten wir dieses Eingeständnis einer Gefolgschaft des unsterblichen Don Quixotte noch mit einer ganzen Ladung hübscher Arabesten ausschmücken. Aber nicht nur die Zeit, in der wir leben, ist uns zu ernst, sondern auch die Not der deutschen Arbeiterschaft, und darunter die der deutschen Buchdrucker, zu groß, um so heikle Dinge mit homerischen Randglossen zu belasten. Wir beschränken uns daher in der folgenden kurzen Nachlese über den Verlauf und das Resultat der Verhandlungen der Tarifkommission in den Tagen vom 1. bis 4. März nur auf die Feststellung weniger Tatsachen, die sowohl das Resultat rechtfertigen wie auch sehr schwankende tarifliche Grundsätze auf Prinzipalsseite beleuchten.

Zunächst stellen wir fest, daß nach der inzwischen amtlich veröffentlichten Reichsindexziffer für den Monat Februar mit 2408, gegenüber jener von 1034 für Januar, eine Steigerung der Lebenshaltungskosten für Nahrung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung um 132,9 Proz. für die letzten vier Wochen zu verzeichnen ist. Genauer betrachtet, ergibt sich daraus eine Steigerung der Lebenshaltungskosten für Februar 1923 um das 2408fache gegenüber der Friedenszeit, während der gleichzeitige Buchdruckerlohn nur um das 1254,4fache gestiegen war. Im Monat Februar blieb also der durchschnittliche Buchdruckerlohn immer noch um 47,9 Proz., also nahezu um die Hälfte, gegenüber der nach der Reichsindexziffer nachgewiesenen Verteuerung der Lebenshaltungskosten, zurück. Gemessen am Friedenslohn der Buchdrucker mit 34,38 M. in der Spitze hätte der durchschnittliche Wochenlohn eines Buchdruckers in der Spitze im Februar d. J. 82 787 M. betragen müssen; in Wirklichkeit betrug er jedoch nur 43 125 M. Überträgt man nun den nach offizieller Reichsindexziffer für Februar im Verhältnis zur Friedenszeit errechneten und erforderlichen Buchdruckerlohn von 82 787 M. auch auf den Monat März, so verbleibt auch nach der neuen Lohnfestsetzung von 71 250 M. in der Spitze immer noch ein wüchertlicher Entbehrungsfaktor von 11 537 M. zu tragen. Ganz abgesehen von den seit Jahr und Tag zu ertragenden Entbehrungen, die allein für die ab Februar d. J. bis Januar v. J. zurückliegende Zeit (jeden Monat nur zu vier Wochen gerechnet) die Summe von 305 730 M. bedeuten; wobei außerdem noch in Betracht zu ziehen ist, daß auch die jetzigen Grundlagen der Reichsindexziffer, die sich auf die Kaufkraft von 100 Friedensmark stützen, noch sehr viel zu wünschen übrig lassen.

Gegenüber solchen Tatsachen die Behauptung aufzustellen, daß die Forderung der Gehilfenschaft auf eine 75prozentige Lohnerhöhung alles Maß übersteigt, wie es die Prinzipalsvertreter bei den diesmaligen Lohnverhandlungen getan haben und wie es die „Zeitschrift“ in ihrem Rückblick zu dem Ergebnis der Verhandlungen der Tarifkommission in Nr. 19 noch einmal unterstreicht, das ist tatsächlich ein Kampf kurzschäftiger Art gegen Windmühlensflügel. Wie mit solcher Vogelstraußtaktik noch eine halbwegs vernünftige Tarifpolitik möglich sein soll und destruktive Kreise der Prinzipalität zur Erkenntnis und bedingter Lebensnotwendigkeiten auch der Gehilfenschaft gegenüber gebracht werden sollen, das ist zweifellos ein unlösbares Rätsel. Die ungeheuren Preisserhöhungen für alle andern Produktionsmittel, außer jener für die menschliche Arbeitskraft, nehmen die Unternehmer als sogenanntes notwendiges Übel hin; alle ihre diesbezüglichen Abwehrmaßnahmen gleichen einer Echternaucher Springrosetten- und vollziehen sich in der Regel ohne jedes Mitbestimmungsrecht der in Frage kommenden Arbeiterkreise bzw. -organisationen; wofür auch die von den Unternehmern in unserm Gewerbe durchgeführte Befreiung von dem Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung des Druckpreisetarifs berechtigtes Zeugnis ablegt. Die neuen Druckpreise haben zur Zeit z. B. das 2000fache der Friedenspreise überschritten, der Lohn dagegen beträgt erst das 207fache. Im Verhältnis zum Lohnkonto beträgt demnach die Steigerung der Druckpreise mehr als das Doppelte. Von

einer besonderen Rücksicht auf die Notlage des Gewerbes merkt man da also nicht das geringste, obwohl gerade hier die Möglichkeit gegeben wäre, zu beweisen, daß man im Interesse des Gewerbes selbst zu Opfern bereit wäre. Im Gegenteil, man redet auf Prinzipalsseite nur von vaterländischer Not, von einer Todeszeit des Gewerbes und von erschütternder Wirkung, wenn es sich um die Abwehr lebensnotwendiger Forderungen der Arbeiterschaft des Gewerbes handelt.

Was nicht all diesen unbestreitbaren Tatsachen gegenüber das mißsamme Herauskaufen einiger Preissenkungen bei Artikeln, deren bisheriger Preis schon turmhoch über der Kaufkraft des Lohnes stand? Alle diese Abwehrtendenzen gegenüber einer vernünftigen und gerechten Lohnbemessung kommen einem gefährlichen „Sand-in-die-Augen-streuen“ gleich. Das erweckt zunächst unberechtigte Hoffnungen bei solchen Prinzipalen, die wahrscheinlich nicht einmal zufrieden wären, wenn ihnen die Gehilfenschaft ihre Arbeitskraft unentgeltlich zur Verfügung stellen könnte; führt aber letzten Endes auch zu Enttäuschungen, deren Folgen sich in einer Lockerung des Organisationsgedankens zeigen müssen, weil eben eine solche Taktik auf dem Lohngebiete gegenüber den rauen Tatsachen der Wirklichkeit Schiffbruch leiden muß.

Wir selbst haben seit Jahr und Tag unser Kerbholz durch unsre bisherige Mäßigung in allen gewerbevollständigen Dingen schon oft stark belastet, und mit uns haben alle Gehilfenvertreter ihren Buckel schon mehr als genug hingehalten, um das Gewerbe und selbstverständlich damit auch die wohlverstandenen Interessen der Gehilfenschaft durch Aufstellung unerfüllbarer Forderungen nicht zu schädigen. Auf Prinzipalsseite dagegen sehen wir in zunehmendem Maße eine Alles-oder-nichts-Politik sich ausbreiten, die von Stufe zu Stufe stärkere Korrekturen erfahren mußte, je mehr sie sich von Berufs- und wirtschaftsfremden Thesen beherrschen läßt. Starres Buchstaben- oder Paragraphendogma, das alles, was da freucht und flucht, über einen Leisten schlagen möchte, diktiert mehr und mehr den Verhandlungsaufsatz von Tagung zu Tagung, trug aber auch jeweils schon von vornherein den Keim der Unfruchtbarkeit und der Zerlegung organisatorischer wie gewerblicher Grundlagen in sich, die dann jedesmal im Schlußakt einer Tarifkommissionssitzung eine notdürftige Leimung finden mußten. Das Ganze trägt den Charakter ausgeprägtester Konjunkturpolitik, die weder klug noch weise ist, sondern schließlich von jedem beliebigen Börsemakler übertrumpfen werden kann. Unter dem unnatürlichen Druck solcher Strategie auf Unternehmenseite im deutschen Buchdruckgewerbe sind im Laufe der letzten Jahre und Monate die Lohnverhandlungen zu einem Herrbild kostspieligster und zeitraubendster Art geworden, deren jeweiliger Ausgang läßt wie drüben nur verstärktes Mißtrauen zeitigte und die individuelle Berufs- und Arbeitsfreudigkeit auf Arbeiterschaft immer stärker lähmten.

Denn wie standen denn die Dinge zu Beginn wie am Ausgang der diesmaligen Verhandlungen der Tarifkommission? Sowohl die Höhe der gehilfenseitigen Forderung von 75 Proz. Lohnerhöhung wie die Beschränkung der Dauer des neu zu schaffenden Lohn tariffs auf nur zwei Wochen waren bedingt durch die ganze Haltung der Prinzipalsvertreter in den letzten Monaten und Wochen. Die Höhe der Forderung war nicht nur durchaus berechtigt durch den Stand der Lohnerhöhungen, sie war auch taktisch erforderlich, weil fast in keinem andern Gewerbe die Unternehmerunterhändler glauben im Interesse ihrer organisatorischen Verhältnisse so viel abhandeln zu müssen wie in unserm Gewerbe. Wohl fehlt es auch auf Gehilfenseite nicht an Pseudostrategen, die oft die „Unfähigkeit“ der Gehilfenunterhändler oder ihre „reformistische Einstellung“ nach der Differenz des Abstandes ihrer Lohnforderungen und der schließlich erzielten Resultate bewerten. Trotzdem lassen sich die Gehilfenvertreter durch sie nicht in ihrer Haltung beeinflussen. Infolgedessen haben die letzteren auch diesmal den durch das Zentralratsamt gefällten Entscheidungen ihre Zustimmung nicht verweigert, obwohl deren Ergebnis weit hinter ihrer ursprünglichen Forderung zurückblieb. Das konnten sie nur deshalb, weil sie es vorher vermieden hatten, übertriebene Hoffnungen in Gehilfenkreisen zu erwecken, und weil die Gehilfenschaft im allgemeinen weit mehr Verständnis für die besondere Lage unsres Gewerbes besitzt, als jene Prinzipalskreise ihr eigen nennen können, die trotz der nachweisbar bisher

rückständigen Entlohnung der Buchdruckerhilfen sogar von einem Lohnbau nicht nur träumten, sondern einen solchen sogar ernstlich zu fordern wagten. Sind demnach viele Buchdruckerbesitzer schon seit über acht Jahren, d. h. seit den Auoustagen des Jahres 1914, dem nahezu übrigen deutschen Unternehmertum an Kühnheit und Rücksichtslosigkeit gegenüber der Arbeiterchaft im deutschen Buchdruckgewerbe auf dem Lohngebiete um etliche Meilen vorausgekommen, so scheint dies unter der Ära der „neuen Zeit“ der privatkapitalistischen Güterdämmerung bezüglich des Lohnabbaues noch toller werden zu sollen. Wir gratulieren zu solchen Vorbeeren, jedoch mit der sehr bescheidenen Einschränkung, daß wir es an der nötigen Verfassung dieser Reaktionsgruppe nicht fehlen lassen werden, zumal wir noch sehr erhebliche Wiederaufmachungsarbeiten an Lager haben, wenn einmal die Führe andersrum gehen sollte! Wir warnen also Neugierige! Denn in Zeiten der Not mag es möglich sein, die deutschen Buchdrucker in den Hintergrund zu drängen, sie aber zu normalen Arbeitsleistungen bei abnormaler Entlohnung zu zwingen, das wird den neuzeitlichen Organisationsstrategen auf Prinzipalsseite ebensowenig gelingen, wie es der Advokatensoledateska im Ruhrgebiet nicht möglich sein wird, aus deutschen Bergarbeitern und Eisenbahnern Verräter ihrer Klasse zu machen!

Ebenso eigenartig war das Verhalten maßgebender Prinzipalvertreter in Fragen der Sonderzulage für die besetzten Gebiete. Während z. B. der größte Teil der übrigen Unternehmer im Westen Deutschlands es als selbstverständlich betrachtete, die Löhne ohne besondere und langatmige Auseinandersetzungen den total veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen, wanderten die Vertreter der rheinisch-westfälischen Buchdruckerbesitzer von Regierungsstelle zu Regierungsstelle, um sich zunächst eine besondere Reichs- oder Staatsbeihilfe zu sichern, ehe sie überhaupt sich entschließen konnten, ernstlich an eine Sonderzulage für die von der Not der Besatzungsschwierigkeiten im Westen angefaßten ihrer niedrigen Löhne besonders hart betroffenen Buchdruckerarbeiter zu denken. Zwar zeigte es sich auch hier, daß nicht wenige Prinzipale im bedrängten Westdeutschland weniger billigen „Patriotismus“ als ehrliches Verständnis für die Notlage ihrer Gehilfen und Hilfsarbeiter übrig hatten, indem sie auch ohne besondere Genehmigung von empfindlichen Persönlichkeiten ihrer Organisation außerordentliche Zulagen und Wirtschaftshilfen bewilligten. Und nicht wenige der rheinisch-westfälischen Buchdruckerbesitzer rechneten, wie wir teilweise schon vorher und noch weit mehr nachträglich erfahren haben, von vornherein mit einer wesentlich höheren Sonderzulage, als sie nunmehr unter dem stark hemmenden Einfluß der Prinzipalvertreter vom Zentralschlichtungsamt festgesetzt wurde. Reichshilfe, Übernahme der Lasten durch die Allgemeinheit, das waren die Voraussetzungen der Vertreter der Prinzipale, unter denen sie von allem Anfang einer vaterländischen Pflicht, weniger aus wirtschaftlichen als aus politischen Gründen, gerecht werden wollten. Es ist uns bis jetzt noch keine Unternehmerorganisation bekannt geworden, die auf diesem Gebiete so eigenartige Wege beschritten hat, um ihr Lohnkonto zu entslasten und trotzdem durch ihre Vertreter so hohe vaterländische Töne anzustimmen wußte. Kommt dazu noch ein indirektes und sehr durchsichtiges Aufputzen der Gehilfen im besetzten Gebiete durch den Prinzipalvertreter des Kreises II gegen die Gehilfenvertreter, so ist es kein Wunder, daß es im Westen auch diesmal wieder besonders stürmisch hergeht, wie es neuzeitliche Berichte aus Köln bekunden.

Damit tritt auch die Frage der Dauer des jetzigen Lohnabkommens in ein besonderes Stadium. Wir verkennen zwar keineswegs die kalkulatorischen Schwierigkeiten, die für das Buch- und Zeitungsgerber durch kurzfristige Lohnvereinbarungen entstehen können; aber wir wissen auch, daß die diesbezüglichen Schwierigkeiten in letzter Zeit durch die täglich steigenden Materialienpreise noch viel größer waren und dennoch von den Unternehmern auch im Buchdruckgewerbe kalkulatorisch erfaßt werden konnten. Die Hälfte der Anstrengungen, die bisher zur Zurückhaltung einer vernünftigen Anpassung der Löhne an die Kosten der Lebenshaltung aufgewandt wurden, hätte genügt, auch die richtige Kalkulation der von 14 zu 14 Tagen veränderten Löhne zu bewältigen, wenn der gute Wille dazu vorhanden gewesen wäre. Aber nein, das wollte man nicht. Die ungeheure wirtschaftliche Notlage der Arbeiterchaft bildete den Konjunkturlampfenboden, auf dem man länger befristete Lohnabkommen zu erzwingen suchte, um dann aus „Vertrauensbruch“ und sonstigen „Rechtswidrigkeiten“ Kapital zu schlagen. Man genierte sich nicht von „Erpressung“ und „Pistole auf die Brust setzen“ zu reden, wenn Not und Elend auch die rubigsten und geduldesten Arbeiter zu nichts anderm trieb als zur Einstellung ihres Frontdienstes, der täglich weit mehr Kraftaufwand von ihnen erforderte, als der nächstliegende bezahlte Lohn ersetzen ließ. In unzähligen Fällen wurde den Gehilfenvertretern berichtet, daß viele Prinzipale sich bereits erklärten, höhere Löhne zu bezahlen, wenn die Tarifkommission solche zum Beschluß erheben würde. Und in vielen Fällen wurden auch höhere Löhne ohne diese Voraussetzung bezahlt. Das Gerede von den Entkräftungsschreien aus Prinzipalstreffen über die jeweiligen hohen Tarifföhne erhält dadurch eine sehr eigenartige Entkräftung. Schon dünkmal ist das Gewerbe von den Prinzipalunterbändlern als dem Unterraum und sicheren Tod geweiht hingestellt worden, aber noch immer haben sich diese Zeremonien durch die fernere Entwicklung als weit übertrieben herausgestellt. Und wir sind überzeugt, auch das letzte Lohnabkommen wird das Gewerbe nicht zugrunde räumen. Wohl aber tragen solche Tendenzen, wie sie von den Prinzipalen bei allen Lohnverhandlungen immer wieder vertreten werden, in keiner Weise dazu

bei, tatsächlich vorhandene Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art zu überwinden. Sie haufen im Gegenteil diese ungeheuerlich auf und lähmen nicht nur die Berufstreue und Arbeitsfreude der Gehilfen. Die verfehlte Lohnpolitik des Deutschen Buchdrucker-Vereins hat in den letzten Jahren das frühere Verständnis für „leben und leben lassen“ auch der Gehilfenchaft gegenüber immer mehr in den Hintergrund gedrängt, hat Organisationskräfte und -kosten erfordert, die letzten Endes doch nicht darüber hinweghelfen, daß auch die Arbeiterchaft des Buchdruckgewerbes wieder zu einer Entlohnung kommen muß, die deren Arbeits- und Leistungsfähigkeit garantiert. Diese jahrelange arbeiterfeindliche Lohnpolitik hat mehr versprochen, als sie jemals halten kann. Sie hat nicht nur die technischen Voraussetzungen des Produktionsprozesses im Buchdruckgewerbe nach der Seite der Arbeiterchaft hin erschüttert, sie hat auch die unterschiedlichen Konkurrenzverhältnisse durch eine verkehrte Preispolitik ins Maßlose gesteigert. Und solange dieser innere aufreibende Kampf zwischen Unternehmertum und Arbeiterchaft nicht einer vernünftigeren und gerechteren Lohnpolitik Platz macht, wird auch keine bessere Produktions- und Preispolitik möglich sein.

Die Entfleidung des neuen Tarifs von allen sozialen Gemeinschaftsgedanken und -einrichtungen verschärft diese Gegensätze außerdem noch ganz besonders. Die Tatsache, daß selbst das Zentralschlichtungsamt als tarifliche Instanz durch seine beiden letzten Schiedsprüche die Prinzipalvertretung taktisch und materiell ins Unrecht versetzen und gegen sie entscheiden mußte, zeigt deutlich, wie kurzfristig dieser Kampf gegen Windmühlensläue ist. Die Prinzipale hätten sich bei halbwegs besonnener und gerechter Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse zwischen Lohn- und Lebenshaltungskosten davor bewahren können, das Zentralschlichtungsamt in Kraft treten zu lassen, um es nachher dennoch zu desavouieren. Denn noch immer haben die Gehilfenvertreter die Lage des Gewerbes bis an die Grenze des Möglichen berücksichtigt. Dazu war aber diesmal infolge der gänzlich abnehmenden Haltung der Prinzipalvertreter, die sogar in völliger Verkennung aller Verhältnisse auf Arbeiterseite nicht nur überhaupt keine Lohnerhöhung ausstehen wollten, sondern sogar noch einen Abstrich von 10 Proz. der bisherigen Löhne in den Preisen IX, XI und XII beantragten, keine Gelegenheit vorhanden. Und nicht mit Unrecht schreibt die „Zeitschrift“ zum Schluß ihres diesmaligen Berichts über die Verhandlungen der Tarifkommission, daß dieser Bericht wohl bei allen Mitgliedern des Deutschen Buchdrucker-Vereins mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen werden wird. Das wird diesmal zweifellos in sehr erheblichem Maße zutreffen. Denn zwischen Lust und Ausgang der Verhandlungen ist ein so großer Gegensatz, der wahrscheinlich mehr als nur Kopfschütteln erregen wird. Die prinzipalseitige Forderung auf Lohnabbau hat den Deutschen Buchdrucker-Verein als erste zentrale Unternehmerorganisation aufmarschieren lassen, die alle Scharfmacher gegen die Arbeiterchaft auf Unternehmerseite übertrumpft. Ob aber durch diese zur Schamade gewordene Fanfare die organisatorischen Schwierigkeiten im Deutschen Buchdrucker-Verein an Bedeutung verlieren werden, das ist eine andre Frage.

Wir hoffen daher, daß die ferner Entwicklung auf tariflichem und wirtschaftspolitischen Gebiete unser Gewerbe und den neuen Buchdrucker-tarif vor weiteren ähnlichen Belastungen verschont. Denn ein solcher Kampf gegen Windmühlensläue erreicht weder dem Gewerbe noch seinen Unternehmern zur besonderen Ehre. Die Gehilfenchaft aber zwingt er zu verstärkten Abwehrmaßnahmen, zu viel engerem Zusammenfluß als bisher und zur Zurückstellung aller scheinbaren Meinungsverschiedenheiten. Der alte Buchdruckergeist auf dem Fundament gewerkschaftlicher Disziplin im Verband der Deutschen Buchdrucker muß und wird der Fels sein, an dem solche Angriffe erfolglos zerfallen werden!

## Nochmals: Eine ganz noble Firma

Die Buch- und Kunstdruckerei Emil Griebisch in Hamm i. W. macht wieder einmal von sich zu reden. Wie erinnerlich, beschäftigten wir uns schon in Nr. 107 v. J. mit dieser Druckerei, weil sie glaubte, eine buchgewerbliche Ausstellung im vorigen Jahre dadurch zu unterstützen, daß sie den Vorständen der hiesigen Ortsgruppe des Bundesverbandes der Deutschen Buchdrucker auf Zahlung eines kleinen Zuschusses zur Förderung dieser Ausstellung in Höhe von 75 M. verklagte. Erst nach dem gerichtlichen Pfändungsbefehle besann man sich eines Besseren.

Dieselbe Firma ließ sich vor einigen Wochen von ihren Gehilfen beim Gewerbegericht auf Zahlung eines Betrages von 150 M. je Gehilfe verklagen. Es handelte sich um die Kreiszulage des Kreises II, die der Prinzipalvorsitzende des Kreises bis zur Neuregelung der Ortsausgänge weiterzuzahlen den Firmen anempfahlen hatte. Die Firma Griebisch zahlte 14 Tage diese Zulage von wöchentlich 75 M. nicht, daher die Klage! Zum Gerichtstermin, der etwa eine Stunde dauerte, waren sämtliche Gehilfen (25) geladen. Dieses alles wegen 150 M., während die tarifliche Sachkunde schon 4038 M. betrug.

Daß diese Firma, die die größte und bestkündigste am Orte ist, deren soziales Verständnis für die Notlage ihrer Gehilfen sich aber auf dem Nullpunkt befindet, in anderer Weise das Geld zum Fenster hinauswirft und das Gewerbe schädigt, soll folgendes Sätzchenbeweis beweisen: Eine hiesige andre Druckerei druckte für ein großes Eisen-

werk mit kurzen Abständen eine vierseitige Preiskliste in Quart; Auflage 200. Der Satz blieb stehen. Jeder Neudruck erforderte ungefähr sechs Stunden Ziffernänderung. Bei einer Neuausschreibung brachte es die Firma Griebisch fertig, diesen Auftrag für sage und schreibe 20 000 M. an sich zu reißen, während der tarifliche Preis sich auf 105 000 M. belief. Der bisherige Drucker, der nur die Ziffernänderung in Anrechnung brachte und 70 000 M. dafür verlangte, hat nun das Nachsehen.

Der Inhaber der Firma Griebisch ist aber Vorsitzender der Prinzipalsortsvereinigung und Vorstandsmitglied des DVB. für den Kreis II!

## Korrespondenzen

**Naumburg a. d. S.** In der Januarversammlung bezichtigte der Vorsitzende über die mit den Prinzipalen gepflogenen Verhandlungen wegen Erhöhung des Ortszuschlags, die das Ergebnis hatten, daß der auf 15 Proz. erhöhte Zuschlag mit Wirkung vom 1. Januar ab in Kraft gesetzt ist. Nachdem zwei Neuaufnahmen vorgenommen und verschiedene örtliche Angelegenheiten erledigt worden waren, nahm der neugewählte Gauvorsitzer **W i s l a n g** das Wort zu seinem Vortrag über den neuen Tarif. In ausführlicher Weise ging er ein auf die Entwicklung des Tarifvertragswesens in den letzten Jahrzehnten und die Schaffung des jetzigen Organisationstarifs, dabei die Schwierigkeiten schildernd, die zu überwinden gewesen sind, um die von Prinzipalsseite beantragten Verschlechterungen für die Gewerkschaft wenigstens teilweise abzuwehren. Der Vortrag fand allgemeinen Beifall. Die sich anschließende Aussprache war sehr ergebnisreich aber erkennen, daß nicht volle Zufriedenheit über das Beschlossene herrschte. — Die **B e r j a m m l u n g** vom 17. Februar nahm die Vertretungsabrechnungen sowie den Bericht über das vergangene Jahr entgegen. Die am 1. Februar eingetretene notwendige Beitragserhöhung für die Kaufasse sowie die Stellungnahme des Bezirksvorstandes hierzu wurde vom Vorsitzenden eingehend erläutert. Die Unterstützung der Durchreisenden wurde auf 100 bzw. 125 M. erhöht. Der schlechte Stand der Bezirkskasse, die im letzten Jahre mit einem Defizit abschloß und auch bei dem seit Januar auf 20 M. erhöhten Beiträge den steigenden Ausgaben nicht gewachsen ist, hat den Vorstand veranlaßt, eine automatische Regelung des Beitrages nach dem Verbandsbeitrag zu beantragen, und zwar sollen 5 Proz. derselben erhoben werden. Dieser Antrag löste eine längere Debatte aus, in der die örtliche Unterstützung der ungefähr 20 arbeitslosen Kollegen mit angeregt wurde. Ein Antrag, zugunsten derselben allwöchentlich einen Stundenlohn abzuführen, erregte Bedenken geschäftsordnungsmäßiger Natur. Zuletzt wurde dem Antrag zugestimmt: Der Bezirksbeitrag beträgt von Monat März ab 20 Proz. vom Verbandsbeitrag; die Hälfte davon wird zur Unterstützung der Arbeitslosen verwendet, für welche auch die Beiträge zur Krankenzusicherung und Witwenkasse mitgedeckt werden. Als Mitglieder zum Schiedsamt wurden die bisherigen Beisitzer des Schiedsgerichts wiedergewählt. Beim Kartellbericht entspann sich eine Aussprache über eine vorgenommene Änderung der Kartellstatuten, wonach in Zukunft auch wilde Streiks durch Sammlungen unterfüttert werden sollen, womit sich das Kartell außerhalb der Richtlinien des DGB. gestellt hat. Es wurde dabei zum Ausdruck gebracht, daß wir zur Stellungnahme hierzu kommen werden, sobald auf Grund dieser Änderung von Seiten des Kartells zu Sammlungen aufgefordert wird.

## Allgemeine Rundschau

**Zum neuen Verzeichnis der Ortszuschläge.** Zu berücksichtigen bzw. nachzutragen ist in dem in Nr. 26 abgedruckten Verzeichnis der Ortszuschläge: In Kreis I: Saisonzuschläge: **S a l z u f l e n** 7½ und **B o r k u m** 15 statt 5; in Kreis III: **B i e b r i c h** 22½, **S a n a u** 20, **N a u h e i m** 15 (bei Friedberg-Naubeim ist Naubeim zu streichen); statt **Dietersheim** ist **Dietersheim** zu lesen und die mit **Maina** zusammenhängenden Orte heißen **Gonsenheim** und **Nombach**; bei **M a r b u r g** muß es statt 12 selbstverständlich 12½ heißen.

**Zum Kapitel der „teuren Drucksachenpreise“.** Wir wiesen erst kürzlich darauf hin, daß in werktätigen Kreisen, sogar in solchen, die weit besser bezahlt sind als die Buchdrucker, genügend Unwissende zu finden sind, die die „teuren Drucksachenpreise“ und die Verteuerung der Zeitungen nicht zu fassen vermögen. Infolgedessen ergiebt sich in Gewerkschafts- und sonstigen Versammlungen bei der Jahresabrechnung nicht selten ihr ganzer Zorn gerade über die Posten „Drucksachen und Anzeigen“, womöglich noch unter Seitenhieben auf die Buchdruckergehilfen, die doch wahrlich nicht schuld daran sind, daß im gleichen Ausmaße wie die Preise aller andern Sachen auch die Preise für Drucksachen gestiegen sind. Die Hauptschuldbigen an der Drucksachenverteuerung sind nicht die Buchdrucker, sondern die Dividendenschlucker der Papierindustrie, die sich um Stinnes und Konsorten gruppieren! Erstrecklicher Weise fehlt es nicht an Partei- und Gewerkschaftszeitungen, die gegen die Aukaserie bei Herstellung von Vereinsdrucksachen und gegenüber der Arbeiterpresse energetisch Front machen. So redete z. B. die „Dresdner Volkszeitung“ erst kürzlich vielen Arbeitersportvereinen, die Drucksachen in solchen Geschäften herstellen lassen, die einige Mark billiger waren als die Arbeiterdruckerei, wie folgt ins Gewissen: „Treu um Treu! Genossen in den Arbeitersportvereinen, ihr verlangt von eurer Presse tagtäglich viel: eure Bekanntmachungen sollen regelmäßig und pünkt-

lich erscheinen, Berichte und fördernde Artikel über alle Sportweize verlangt ihr. Da müßt ihr aber auch dafür sorgen, daß unsere Zeitung existenzfähig bleibt.“ Die verteuerten Presse für Zeitungen und Drucksachen müssen wohl oder übel in Kauf genommen werden, wie alle andern Preiserhöhungen (selbst für oft minderwertige und leichter entbehrliche Artikel) auch. Die Zeitung ist eine Lebensnotwendigkeit für jeden Kulturmenschen; geistige Nahrung und geistige Auffrischung sind ebenso notwendig wie das leibliche Brot. Die künstliche Hintanhaltung des Verbrauchs an Drucksachen, einschließlich der Zeitungen und Bücher, ist also kulturwidrig und führt obendrein noch zu einer Vermehrung der an sich schon arroken Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe. Dieser Erkenntnis sollten sich am wenigsten die Gewerkschaften verschließen. Deshalb begrüßen wir gerade einen Hinweis in der neuesten Nummer der „Nachbeterzeitung“ mit besonderer Freude, in dem zum Ausdruck kommt, daß auch gegenüber dem Beruf der Buchdrucker gewisse Verpflichtungen bestehen. Dieser Beruf sei jetzt sehr in die Klemme geraten, so daß es unverantwortlich wäre, wenn die Gewerkschaften ihrerseits auch noch diesem schwer bedrängten Gewerbe einen Fußtritt verfechten.

**Weitere Schiedsprüche für das graphische Gewerbe.** Vor dem Reichsarbeitsministerium wurde am 1. März für die **E t u l s** und **K a r t o n a g e n i n d u s t r i e** folgender Schiedspruch gefällt: 1. Der Lohn wird um 20 Proz., bei der Gruppe der Verbeiräteten um 25 Proz. erhöht. 2. Für das bestete Gebiet und für das Einbruchsgebiet wird auf diesen neuen Lohnsatz ein Zuschlag von 10 Proz. gezahlt; die frühere Besatzungszulage kommt in Fortfall. 3. Die Lohnsätze zu 1. gelten vom 2. bis 29. März. Sollten in dieser Zeit Veränderungen eintreten, die die Innehaltung der Lohnsätze als unbillig erscheinen ließe, so ist jeder der Vertragsteile berechtigt, eine Nachprüfung der Lohnsätze zu beantragen. 4. Die Frage, ob für Hamburg und Frankfurt a. M. Sonderzulagen zu gewähren sind, soll der weiteren Prüfung der Vertragsteile überlassen bleiben. — Für das **B u c h b i n d e r g e w e r b e** wurde ein ziemlich gleichlautender Schiedspruch gefällt wie für die **E t u l s** und **K a r t o n a g e n i n d u s t r i e**, und zwar mit Gültigkeit vom 1. bis 28. März. Die Buchbinder hatten eine Forderung von 80 Proz. aufgestellt. Ob diese Schiedsprüche angenommen wurden, entzieht sich noch unserer Kenntnis. — Am 2. März fällte der Berliner Schlichtungsausschuß für die **B e r l i n e r Z e i t u n g s a n g e s t e l l t e n** einen Schiedspruch, wonach 100 Proz. auf die Januargehälter als neue Zulage ausgesprochen wurden. Aus den Verhandlungen ist hervorzuheben, daß ein Vertreter der Arbeitgeber, Herr Professor Schewer, die sehr charakteristische Ansicht vertrat, daß keine Rede davon sein könne, die Gehälter an die Lebenshaltungskosten anzupassen. Mit Recht bemerkt dazu der Berliner „Vorwärts“: „Das sieht den Herren im Zeitungs-gewerbe ähnlich, die schon seit Wochen in nationaler Einheitsfront machen.“ Der Schiedspruch wurde von den Angestellten gegen eine starke Minderheit angenommen.

**Zuspizung der Gegensätze in Lohnfragen.** Neuere Lohnverhandlungen der Metallarbeiter vor dem Reichsarbeitsministerium sind gescheitert. Die Unternehmer haben jede Erhöhung abgelehnt und die Unparteilichen, die sich auf eine Anweisung der Regierung stützten, wonach im März keinerlei Lohnerhöhung vorgenommen werden soll, hatten nur die Streikung der geleisteten Vorschüsse in Vorschlag gebracht; beides wurde von den Unternehmern wie Arbeitern abgelehnt. In ähnlicher Situation befinden sich die Berliner Holzarbeiter. Nach achtmonatigen Verhandlungen sind vor einigen Tagen auch in der Schaffung eines Reichstarifs für die Angestellten der Reichsverwaltungen Störungen eingetreten, wodurch das ganze Tarifwerk für diese Angestellten dem Scheitern nahegebracht wurde. Die gesamte Situation auf dem Lohngebiete wird besonders kritisch durch eine von der Reichsregierung am 6. März durch das Wolffsche Telegraphenbureau in der Tagespresse verbreitete Rundgebung, wonach die durch die Marktstabilisierung eingetretene und noch weiter zu erwartende Senkung oder Stabilisierung der Preise nicht durch weitere Lohnerhöhungen „gestört“ werden soll. Diese Rundgebung der Regierung gleicht einer Aufforderung an die Unternehmer, auf ihren Milliardengewinnen sitzen zu bleiben, und eine Mahnung an die Angestellten und Arbeiter, keine Gehälter und Löhne zu verlangen, die ihnen eine auskömmliche Existenz ermöglichen. Ein derartiges Eingreifen der Regierung ist eine unsulässige Parteinahme, deren Folge noch nicht abzusehen ist. Im übrigen weiß jedes Kind in Deutschland, daß die Preise für viele Rohstoffe weit über den Weltmarktpreis geteilt sind, und daß die niedrigen Löhne der Arbeiter und Angestellten in gar keinem Verhältnis zu der Teuerung stehen. Solange nicht eine Parallele zwischen Preisen und Löhnen im relativen Friedensverhältnis hergestellt ist, bedeutet eine Stabilisierung des jetzigen Lohnstandes und der jetzigen Preise eine ungeheure Bewucherung der Arbeiterklasse und der großen Volksmassen durch das Unternehmertum in Industrie, Handel und Landwirtschaft, die nie und nimmer zu einer Gesundung der deutschen Volkswirtschaft führen kann.

**Die Arbeitslosigkeit in Deutschland im Januar 1923.** Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ hat sich die Arbeitsmarktlage im Januar verschlechtert, wenn auch bei weitem nicht in dem Maße, wie manche Kreise annehmen zu sollen glaubten. Die **K r a n k e n k a s s e n**, von denen im Januar 4826 statistische Angaben machten, hatten eine Abnahme der Pflichtversicherten (d. h. der Beschäftigten) um 87 059 zu verzeichnen, und zwar von 10 835 422 am 1. Januar auf 10 748 363 am 1. Februar. Die **A r b e i t s n a c h w e i s e** verzeichneten ein wesentlich gesteigertes Angebot von Arbeitskräften bei nur wenig höherem Stel-

**Lenangebot.** Die Kurzarbeitsstatistik der Gewerkschaften (31 Verbände mit rund 5 Millionen Mitgliedern) berichtete über 651 244 (18 Proz.) verkürzte Arbeitende (im Dezember 1922 87 Proz.). Die Statistik der unterstützten Erwerbslosen meldete am 1. Februar 141 312 Vollerwerbslose (Januar 85 301). Die allgemeine Arbeitslosenstatistik der Arbeiterfachverbände (Gewerkschaften) zählte an dem in Frage kommenden Stichtage von 5,8 Millionen 252 873 (4,4 Proz.) als arbeitslos. Für die graphische Industrie ergab sich folgendes Bild:

**Arbeitslosigkeit der graphischen Fachverbände in Deutschland**

Monat	Verband d. Deutsch. Buchdrucker		Hilfsarbeiterverband		Litho-graphen und Stein-drucker		Buchbinder		Gutenbergbund		Graphischer Zentralverband (schriftlich)		Gesamtheit aller deutschen Fachverbände	
	Proz.	M.	W.	M.	W.	M.	W.	M.	W.	M.	W.	M.	W.	
1922														
Jan.	1,3	1,2	0,6	0,9	3,3	1,5	0,9	0,8	0,1	0,0	3,8	1,7	1,7	
Febr.	1,7	1,1	-0,9	0,8	2,1	1,0	0,8	1,2	0,2	0,1	3,1	1,7	1,7	
März	1,7	1,6	0,8	0,9	3,2	0,8	0,8	1,3	0,4	0,2	1,2	0,9	0,9	
April	1,9	1,1	0,9	0,6	0,8	0,9	0,8	1,9	0,2	0,2	0,9	0,8	0,8	
Mai	1,5	0,6	0,6	0,5	—	0,6	0,5	—	0,2	0,0	0,6	0,8	0,8	
Juni	1,4	0,6	0,9	0,6	3,3	0,6	0,7	1,5	0,1	0,0	0,5	1,0	1,0	
Juli	1,6	0,7	0,7	0,5	2,6	0,8	0,8	1,8	0,1	0,0	0,5	0,8	0,8	
Aug.	2,0	0,5	0,9	0,7	4,5	0,8	0,8	2,2	0,1	0,1	0,5	1,1	1,1	
Sept.	4,0	1,5	1,2	1,1	3,5	1,2	1,0	3,3	0,2	0,7	0,6	1,4	1,4	
Okt.	5,8	1,7	1,5	3,0	4,0	1,4	1,9	4,5	0,0	0,1	1,1	2,4	2,4	
Nov.	7,7	1,8	—	3,2	—	2,7	—	4,5	0,5	—	—	2,0	—	
Dez.	8,0	2,5	—	2,7	—	2,7	—	3,6	—	—	—	2,8	—	
1923														
Jan.	8,4	2,6	—	3,5	—	4,5	—	3,0	—	—	—	4,4	—	

**Briefkasten**

**H. H.** in Fr.: Das ganze Leben ist ja nur Gähne, warum da noch extra in die Welt aus so teure Teile setzen? Der Mühl mit dem Kartenzugpaß hat übrigens schon gezogen. — **Koch** Fr.: Aus zugewandte „Lachderstellung“ besten Dank. — **H. H.** in B.-H.: Wird aufgenommen, wenn einige ältere Sachen untergebracht worden sind. — **H. H.** in D.: Werden wir bringen; die Sache ist allerdings nicht ganz bedenkenlos, aber das kann ja später noch von uns gelagt werden. — **H. H.** in W.: Darüber ist nichts bekannt, dürfte auch schwerlich zutreffen. — **H. H.** in E.: Bringen wir sogar gern; freuen uns, daß auch aus Mitgliedertreffen diese Sache einmal angepaßt wird. — **H. H.** in G.: Ihr Artikel wird ebenfalls gern gelesen werden. Es würde uns eine Genugtuung sein, wenn die Marginalien und Anregungen in der „Kommunikation“ „Verkehrte Welt!“ tatsächlich an einer Stellung der im „Korr.“ geführten Aussprachen führen wird. — **H. H.** in S.: Artikel ist mit Beschwerde an Verbandsvorstand abgegangen. — **H. H.** in J.: Wahrscheinlich in erster Linie die Rundungsfrage; ist diese eine wünschliche, so kommt kein Angelegenheitsverhältnis in Frage. 2. Säkularfest ist zweifellos vorhanden; es sei denn, sie wäre ausdrücklich vorher schriftlich oder mündlich ausgeschlossen worden. — **H. H.** in G.: in Gangerstraße: 670 Nr. — **H. H.** in Freiburg: Nur noch ungebunden vorhanden; senden Ihnen davon ein Exemplar. — **H. H.** in H.: 540 Nr.

**Verbandsnachrichten**

Verbandsbureau: Berlin SW 20, Chausseepark 5 II. Fernruf: Amt Kutjark Nr. 1191 Postfachkonto: Berlin Nr. 102387 (S. Schweinitz)  
**Gau Rheinland-Westfalen.** Laut Beschluß der Bezirksvorsteherkonferenz vom 25. Februar beträgt als zweites Quartal der Gaubeitrag 30 M. wöchentlich. Die Gauverrechnungsrechnung werden ab zweites Quartal in 15facher Höhe gewährt.

**Versammlungskalender**

Berlin. Rotationsversammlung Dienstag, den 13. März, abends 6 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Alexanderstraße 44.  
 Breslau. Zentralversammlung Sonntag, den 18. März, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.  
 Donauwörth-Büdingen. Bezirksversammlung, Sonntag, den 11. März, vormittags 10 Uhr, im Gasthof „Zum Sech“.

Anzeigengebühr: Die sechsgehaltene Seite 30 Mark für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildung- und Todesanzeigen, sonstige Anzeigen 120 Mark. Rabatt wird nicht gewährt.

**Anzeigen**

Annahmefluß: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend morgens für die jeweilig nächstfolgende Nummer. Kleinere Einzelanzeigen nur mittels Postcheckzahlung.

**Leipziger Maschinenfabrikvereinigung**  
 Sonntag, den 11. März, vormittags 10 Uhr, im „Volkshaus“:  
**Versammlung**  
 Tagesordnung: 1. Vereinsbericht. 2. Vortrag des Kollegen W. Feilwig: „Der medizinische Werksah“. 3. Verschiedenes. Die Vereinarbeitende werden gebeten, für zahlreichen Besuch zu sorgen.  
 Der Vorstand.

**Die neuen Fernkurse in Mäfers Buchführung für Druckereien**  
 beginnen am 1. und 15. jeden Monats. Ausführlichen Prospekt und Bedingungen durch den Verlag Julius Mäfer, Leipzig-K., Gensefelderstraße.  
 Lediger  
**Typograph-Schneidemaschinenmonteur**  
 wegen Betriebsabklärung stillgelegt, sucht Stellung in einem größeren Schneidemaschinenbetriebe. Auch großer Betrieb angenehm.  
 Off. Offerten unter S. K. 448 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

**Inland!** **Egal wohin**  
 sucht tüchtiger Linotypsetzer, zehn Jahre Praxis, beste Kraft, 33 Jahre alt, sofort oder zum 1. April Dauerstellung. Auch Halbschrift, Abhängen oder Mitteldeutschland bevorzugt. Offerten unter H. K. 450 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

**Inland!** **Ausland!**  
**Jüngerer, tüchtiger Maschinenmeister**  
 guter Abhängen-, Illustrations- u. Plattendrucker, perfekt am Universal, sucht sofort angenehme Dauerstellung.  
 Off. Angebote erbeten unter Nr. 453 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7.

**Tüchtiger Typographsetzer**  
 für A und U in möglichst fortwährender Eintritte gesucht. Bewerbungen, nur von Herren, die mit bestem Werkjah vertraut sind, erbittet J. C. Haag, Melke I. Hann.

**Flott arbeitender Schweizerdegen**  
 vorwiegend Drucker, zum baldigen Antritt in dauernde Stellung gesucht.  
 „Mittlerer Tagesblatt“, Mitterteufel.

**Jünger, strebsamer Schriftsetzer**  
 der an selbständiges Arbeiten gewöhnt ist, sucht für sofort Stellung.  
 Off. Offerten unter Nr. 442 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

**Wo hat junger, flotter Insetzer- und Abhängen-Setzer Gelegenheit, sich an der Linotype- oder Typographschneidemaschine auszubilden?**  
 Aufschriften erbittet W. Wolwinkele, Einbeck, Wellstraße 4.

**Stellung sucht gleich welcher Art!**  
 Abhängen- u. Anzeigenseher mit best. Empfehl., guter Klänge einbildung, schreibgew. u. anpassungsfähig, als Hilfsarbeiter, Lagerverwalter, Aufwärmer usw. S. Handel, München, 451 Blumenstraße 33 III.

**Jüngerer Setzer**  
 in allen Gattungen erfahren, auch Kenntnisse in der Stereotypie, sucht Stell., wo er sich event. in Kontor od. an d. Schneidemaschine ausbilden kann. Egal wohin!  
 Offerten unter Nr. 443 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

**Jüngerer Schriftsetzer**  
 19 Jahre alt, strebsam, noch in ungekündigter Stellung, wünscht sich baldmöglichst zu verändern.  
 Angebote unter A. G. 423 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

**Setzerstereotypen**  
 sucht Stellung, event. sofort. Gleich wohin!  
 Off. Off. erbeten unter Nr. 444 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7.

**Jüngerer, unverheirateter Griechischer Setzer**  
 sucht Kondition als solcher oder als Werksetzer.  
 Off. Angeb. unt. Nr. 432 an die Geschäftsstelle dieses Bl., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.

**Welcher Jüngerer Abhängen- und Insetzerseher**  
 wäre auf Konditionsantrag (Rheinland-Westfalen, unbes. festes Gehalt) geneigt?  
 Ausführliche Angebote unter A. B. 428 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

**Egal wohin!**  
 Junger **Rotationsmaschinenmeister**  
 für ein Frankenthaler und Augsburger Rotations, Schneid- u. Lege-Druck sowie Flach- u. Rundstereotypie, wünscht sich baldigst zu verändern.  
 Off. Angebote unter Nr. 439 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

**Vereinbuchdrucker zu Hannover, e. S. m. b. H.**  
 Sonntag, 18. März 1923, vormittags 10 1/2 Uhr, in der Beschlusse des „Gewerkschaftshaus“:  
**Ordentliche Generalversammlung**

Tagesordnung: 1. Erledigung der Punkte 1—5 des § 67 des Statuts; 2. Verschiedenes; 3. Erledigung der Tagesordnung der außerordentlichen Generalversammlung vom 4. März 1923.  
 Der Vorstand, R. Rosenbr., Georg Koste, W. Raages.  
 Der Aufsichtsrat, Gottlieb Schwerdtfeger.

**100 Mark statt 300 Mark**  
 kostet das Märzheft der Typographischen Mitteilungen für unsere Mitglieder  
 Erscheint Ende März als Sonderheft in neuer Ausstattung  
**Linoleumschnitt**  
 u. Druck mit mehrfarbigen Beispielen • Einzelne Änderungen in der Anzahl der zu liefernden Exemplare sind umgehend erwünscht  
 Verlag der Typographischen Mitteilungen  
 Leipzig, Salomonstraße 6  
 Postfachkonto: Nr. 52207

Am 23. Februar verstarb nach schwerem Lungenleiden unser wertvolles Mitglied und lieber Kollege  
**Erich Poch**  
 aus Leipzig-Lindenau, 23 Jahre alt.  
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Verein „Kloppholz“, Leipzig.

Am 1. März verstarb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der  
**John Honold**  
 im 84. Lebensjahre.  
 Sein gerades, kollegiales Wesen kehrt ihm ein ehrendes Andenken.  
 Die Kollegen der „Hamburger Brönnhaller“, G. m. b. H.

Am 1. März verstarb unser lieber Kollege, der  
**J. G. J. Honold**  
 aus Hamburg, im Alter von 64 Jahren.  
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Für den „Korrespondent“ ist die Geschäftsstelle und Inseratenannahme Leipzig, Königstraße 7, die Telephon-Nr. 14111, das Postfachkonto Leipzig Nr. 61328.

Am 1. März verstarb nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden unser früherer langjähriger Kassierer  
**Maximilian Schubert**  
 im Alter von 64 Jahren.  
 Mit dem Verstorbenen ist ein Kollege dahingegangen, der durch stets Pflichttreue und echte Kollegialität sich die Sympathien aller erworben hat. Die Verdienste des Verstorbenen um den Ortsverein sowie sein aufrechter, biederer Charakter werden ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken in der Geschichte der Organisation sichern.  
 Ortsverein Breslau.